

Postulat von Hans Küng, Barbara Gysel, Jeffrey Illi, Barbara Schmid-Häseli und Drin Alaj betreffend erneute «Kantonalisierung» des Zuger Amts für die Preisbekanntgabeverordnung.

Sehr geehrter Herr Kantonsratspräsident, sehr geehrter Herr Landschreiber
Sehr geehrte Damen und Herren

Hiermit reichen wir Ihnen das Postulat zur erneuten «Kantonalisierung» des Zuger Amts für die Preisbekanntgabeverordnung ein.

Begründung:

Auf der Internetseite «Preisbekanntgabe» des Seco sind die kantonalen Vollzugs- und Auskunftsstellen zu finden. Auf der Liste sind z.B. die folgenden kantonalen Stellen abgebildet. Kanton Bern – Amt für Wirtschaft, Kanton Schwyz – Amt für Arbeit, Kanton Thurgau – Amt für Wirtschaft und Arbeit, Kanton Obwalden – Volkswirtschaftsdepartement, Kanton Zug – Koordination der PBV der Zuger Gemeinden c/o EWG Baar. Heisst, der Kanton Zug ist der einzige Kanton, der den Vollzug der Preisbekanntgabe an die Einwohnergemeinde (in diesem Fall Baar) delegiert hat. Insbesondere ist es bei Kanton Zug, resp. der Einwohnergemeinde Baar auf eine einzige Person bezogen. Dies kann man unschwer an der Mailadresse, welche auf der Informationsliste angegeben ist, feststellen. Die gesamte Liste mit allen Kantonalen Stellen ist hier zu finden. [Vollzugs- und Auskunftsstellen](#) (Liste im Anhang)

Die Gemeinde Baar verfügt nicht über die rechtlichen Grundlagen in anderen Zuger Gemeinden tätig zu sein. Insbesondere bei Verletzungen der Preisbekanntgabeverordnung, muss eine kantonale Stelle dafür zuständig sein. Das Auftreten gegenüber nationalen oder internationalen Konzernen bei Verstössen oder Ungereimtheiten ist durch eine kantonale Stelle deutlich besser gelöst als im Gemeindeverbund. Zudem hat der Kanton Zug mit der aktuellen Organisation bei einem grösseren Fall im Bereich Verletzung der Preisbekanntgabe-Verordnung ein Klumpenrisiko.

Der Kanton, namentlich die Volkswirtschaftsdirektion und das Amt für Wirtschaft und Arbeit lehnte eine Rückübernahme der Aufgabe auf Antrag der Gemeinde Baar ab. Aus obigen Überlegungen beantragen wir beantragen bei der Regierung, dass der Vollzug der Preisbekanntgabeverordnung wieder in der Volkswirtschaftsdirektion integriert wird. Eventualiter kann die Regierung entscheiden, ob eine Integrierung der Stelle bei der Polizei, wie beispielsweise Zürich dies organisiert hat, «richtiger» platziert ist.

mit freundlichen Grüssen

Barbara Gysel, Kantonsrätin SP, Zug
Drin Alaj, Kantonsrat SP, Cham
Jeffrey Illi, Kantonsrat SVP, Hünenberg
Barbara Schmid-Häseli, Kantonsrätin Die Mitte, Baar
Hans Küng, Kantonsrat SVP, Baar